

Kritik der Identitätspolitik

Tagungsbericht zum 21. Berliner Werkstattgespräch der Sozialethiker*innen 2020

5 Die Konstruktion kollektiver Identität(en) gehört in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten zum festen Bestandteil politischer Rhetorik. Abhängig von den Ausgangspunkten der jeweiligen Akteur*innen werden Zugehörigkeiten in Verfahren der Selbst- und Fremdzuschreibung formuliert, um entweder für die Integration einer bisher nicht gleichwertig
10 behandelten Gruppe zu kämpfen oder den Ausschluss der „Anderen“ zu verdeutlichen. Die Bedeutung und Wirksamkeit solcher Identitätspolitik(en) sind aktuell in vielerlei Hinsicht zu beobachten, so in der immer zügelloseren (verbalen) Abschottung gegen Migrant*innen oder der Diffamierung von Politiker*innen in sozialen Netzwerken, die sich für die Anliegen von Ausgeschlossenen einsetzen. Es sind auch innerkirchliche
15 Tendenzen festzustellen, die das Bemühen verdeutlichen, eine vermeintlich klare christliche Identität (wieder)herzustellen, die zur Einheit und zur Wahrung des Glaubensschatzes beitragen soll. Das 21. Berliner Werkstattgespräch der deutschsprachigen Sozialethiker*innen widmete sich angesichts dieser und weiterer Herausforderungen in sieben
20 Themenbereichen einer „Kritik der Identitätspolitik“.

Nach der Begrüßung durch *Marianne Heimbach-Steins* (Münster) für die Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik betonte *Christian Spieß* (Linz) in seiner Einführung einerseits die Relevanz und Notwendigkeit einer
25 Auseinandersetzung mit den Begriffen der Identität und der Identitätspolitik(en), andererseits aber auch die Ambivalenz und Gefahr ihrer Verwendung. Es sei zu fragen, ob es eine plausible Art und Weise gebe, in der Christlichen Sozialethik auf identitätspolitische Bewegungen zu reagieren und die darin geäußerte Kritik sowohl aufzugreifen als auch zu hinterfragen. Gerade die „identitäre Versuchung“, der einige christliche
30 Akteur*innen bisweilen zu erliegen drohten, zeige die Notwendigkeit einer theologisch-sozialethischen Reflexion von Identitätspolitik(en).

In einer ersten Arbeitseinheit galt die Aufmerksamkeit der begrifflichen Näherung an personale Identitäten und kollektive Identität. Zunächst nahm
35 *Sebastian Pittl* (Tübingen) eine Verhältnisbestimmung beider Größen in den Blick. Die Schwierigkeit des „Plastikwortes“ (Pörksen) Identität liege darin,

dass es aus der Fachsprache der Logik stamme, mit Stereotypen behaftet und verhältnismäßig inhaltsleer in die Alltagssprache transferiert worden sei. Deshalb begab sich Pittl auf eine begriffsgeschichtliche Spurensuche, die von Eriksons Stufenmodell psychosozialer Entwicklung über neue soziale Bewegungen und deren Kampf um Anerkennung und Corporate Identity Strategien bis zur jüngsten Konjunktur des Identitätsbegriffs durch neurechte Akteur*innen reichte. Abschließend verdeutlichte der Vortrag die Problematik, ein gesellschaftlich und politisch präsent „In-Wort“ nicht ignorieren, aber auf Grund seiner inhärenten Brüche nicht ohne Probleme verwenden zu können. Verstärkt haften auch Identitätspolitiken, seien sie von „Minderheiten“ oder selbst ernannten „Mehrheiten“ formuliert, diese Ambivalenz an, die sich im Zusammenhang gesellschaftlicher Kämpfe um Anerkennung äußern.

Annette Langner-Pitschmann (Salzburg) vertiefte in ihrer Präsentation die Frage nach den Funktionen der Erzählung kollektiver Identität. Eine wesentliche Funktion bestehe in der Vereindeutigung, um die soziale Wirklichkeit zu ordnen. Binäre Unterscheidungen, z. B. zwischen zugehörigen und nicht-zugehörigen Lebensformen, versprächen in Zeiten zunehmender Verunsicherung Handlungsfähigkeit, führten aber gleichzeitig zu einer Abwertung der Differenzen und zum Ausschluss derjenigen, die nicht als Teil einer eindeutigen Gruppe wahrgenommen würden. Als mögliches Korrektiv für eine konstruierte eindeutige Identität identifizierte sie im Anschluss an Zygmunt Bauman die Ambiguität, die ausgehalten und kreativ gestaltet werden will.

Die zweite und dritte Arbeitseinheit beleuchteten die identitätspolitische Organisation von Minderheiten und Mehrheiten. In einem ersten Schritt widmete sich *Anna-Maria Riedl* (Luzern) der identitätspolitischen Organisation von Minderheiten, die im Unterschied zu „rechten“ Identitätspolitiken nicht die kollektive Verteidigung von Privilegien, sondern die Bekämpfung von existenzbedrohenden Unterdrückungen fokussiere. Differenzierende Narrative kollektiver Identität verdeutlichten Machtungleichheiten und beförderten so politische Emanzipationsprozesse, sie bedürften jedoch ihrerseits einer kritischen Reflexion. So seien sie mit Stuart als eine „Positionierung“ zu verstehen, um die sich „solidarische, kritische Koalitionen“ gruppierten, und nicht als inhärentes, unabänderliches „Wesensmerkmal“ zu beschreiben. Den in der Anwendung von Identitätspolitiken liegenden Gefahren der Essentialisierung, Verabsolutierung und Immunisierung gegen Kritik solle so vorgebeugt werden. Revolutionäre Politik bedürfe letztlich „der Abschaffung der eigenen Identität“ (Negri/Hardt 2009), bei der sie begonnen habe.

Der Politikwissenschaftler *Oliviero Angeli* (Dresden) nahm den Erfolg der Identitätspolitik populistischer Parteien in den Blick. Dabei stellte er drei gängige Erklärungsansätze vor, die jeweils auf bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen rekurrieren: Ökonomische Entwicklungen, wie die Deindustrialisierung oder der Strukturwandel, führten zu wirtschaftlich abgehängten Regionen und Bevölkerungsschichten. Der progressive Wertewandel moderner Gesellschaften führe auf kultureller Ebene zu einer reaktionären Gegenbewegung („cultural backlash“) aus Sorge vor einem Identitätsverlust. Auf politisch-institutioneller Ebene schließlich vermittele eine zunehmend liberale Politik in konservativen Bevölkerungskreisen das Gefühl mangelnder Responsivität und führe zu einer „Anti-Haltung“ gegenüber etablierten politischen Akteuren. So interpretierte Angeli aufgrund der empirischen Datenlage die Identitätspolitiken von Minderheiten als einen Faktor für den Erfolg populistischer Parteien. *Karin Priester* (Münster) unterstützte aus soziologischer Perspektive die Analyse, dass in identitären Protestbewegungen nur eine vage kulturelle Homogenität als Kitt für sehr heterogene Gruppen fungiere. Neben den Menschen, die sich vor einem sozioökonomischen Statusverlust ängstigten, fänden sich darunter auch diejenigen, die sich von den bürgerlichen Parteien vernachlässigt und von der Gesellschaft abgehängt fühlten. Der Erfolg dieser identitären Bewegungen und Parteien sei insofern umgekehrt proportional zum Grad der Vernachlässigung der sozialen Frage, der wachsenden sozialen Ungleichheit und politischen Alternativlosigkeit.

Wolfgang Palaver (Innsbruck) referierte zu dem Phänomen einer christlichen Konstruktion völkischer Identität und dem populistischen Gebrauch in oder von Religionen. So würden religiöse und spirituelle Motive von rechtspopulistischen Kreisen zu einem bloßen Identitätsmarker ohne Glauben, Spiritualität und religiöser Praxis instrumentalisiert. Ein wichtiger Bezugspunkt für Palaver waren dabei die Überlegungen von Henri Bergson zur Dichotomie von geschlossener und offener Gesellschaft und der parallel dazu verlaufenden Unterscheidung zwischen statischen und dynamischen Religionen. Als Ausweg zwischen völkischem Nationalismus und entwurzelndem Globalismus schlug Palaver abschließend einen positiv verstandenen Begriff des Verfassungspatriotismus vor. Dieser sei immer der Gerechtigkeit untergeordnet und zugleich auf Universalität offen und unterscheide sich insofern von Formen des Nationalismus.

In drei parallelen Workshops wurden anschließend besondere Aspekte des Themengebiets des Werkstattgesprächs beleuchtet. *Andreas Fisch* (Dortmund) beschäftigte sich mit dem Begriff der „Leitkultur“ als Identitätspolitik. In diesem Kontext analysierte er vorhandene Konzepte

und verschiedene Funktionen des Begriffs und erörterte mögliche Beiträge aus Sozialethik, Kirche und Politik. *Emanuel John* (Mülheim a. d. R.) ging in seinem Workshop zunächst von der Annahme schwacher Subjektivität aus und suchte von hier aus nach Optionen, das Anliegen sozialer Identitätsforderungen mit der Gewährung von freiheitlichen Rechten für alle zu vereinbaren. Im dritten Workshop thematisierte *Andrea Keller* (Leinfelden-Echterdingen) die Herausforderungen des Rechtspopulismus für die Demokratie aus sozialemethischer Perspektive und diskutierte mit den Teilnehmenden Handlungsoptionen und notwendige Rahmenbedingungen für einen kritischen gesellschaftlichen Diskurs im Angesicht medialer Hetze und so genannter Filterblasenphänomene.

Am Dienstagnachmittag sollten Identitätspolitikern hinsichtlich ihres anti-universalistischen und anti-liberalen Charakters thematisiert werden. Im Zentrum standen deshalb rechtspopulistische Identitätspolitikern als reaktionäre Antworten auf den Universalismus und Liberalismus seit der Aufklärung. *Johannes J. Frühbauer* (Tübingen) unterzog rechte Identitätspolitikern einer Untersuchung hinsichtlich ihrer Ursachen und Kennzeichen, um anschließend ausgehend von einer kritischen Beleuchtung mögliche Konzepte zur Entgegnung vorzuschlagen. Daran anschließend vertrat *Christoph Baumgartner* (Utrecht/Erfurt) die These, dass kulturell-mehrheitsorientierte Identitätspolitikern zu einer Relativierung von Religionsfreiheit führen können. In systematischer Absicht beschrieb er dabei drei Dynamiken: (i) Die Ausgrenzung von Minderheitsreligionen durch die Mobilisierung kulturalisierter Mehrheitsreligion (KuMeR), (ii) die Aufnahme der KuMeR in eine nationale Identität und (iii) die Privatisierung von Minderheitsreligionen, um eine nationale Identität zu bewahren. Diese Dynamiken erlaubten zwar eine Tolerierung von Minderheitsreligionen, führten gleichzeitig aber zu deren Exklusion im öffentlichen Raum und damit zur Untergrabung des Rechts auf Religionsfreiheit der Angehörigen von Minderheitsreligionen.

In der fünften Arbeitseinheit wurde nach den alternativen Möglichkeiten gefragt, sich Vergemeinschaftung und Kollektivstrukturen vorzustellen, ohne sich der Konstruktion von kollektiven Identitäten zu bedienen. *Daniel Bogner* (Fribourg) konkretisierte dies in Bezug auf die Frage nach den Grundvoraussetzungen, die gesellschaftliche Integration ermöglichen. Angesichts der riskanten Wirkungen von Exklusionsmechanismen durch identitätspolitische Rhetorik sei es nötig, so Bogner im Rückgriff auf Hannah Arendt, der Offenheit des freundlichen Gesprächs in einem freiheitlichen Diskurs Raum zu geben. *Hermann-Josef Große-Kracht* (Darmstadt) führte diese Überlegungen mit Rekurs auf Emile Durkheims Begriff der „organischen Solidarität“ fort. Die Ursprungintention des von Durkheim

selbst bald wieder verworfenen Begriffs, dass sich innerhalb einer Gesellschaft auf Grund menschlicher Interaktion ganz von selbst eine Solidarität prozesshaft generiere, sei anhand vieler Erfahrungen zurückzuweisen. Jedoch biete ein positiv verstandener Nationalstaatsbegriff
5 einen hilfreichen Rahmen, individuelle Rechte und Pflichten sowie eine gerechte soziale Sicherung zu gewährleisten. Insofern sei die nationalstaatliche Ebene von rechten Identitätsbewegungen unter den Vorzeichen einer sozialen Solidarität „zurückzuerobert“ und in ihren stabilisierenden Eigenschaften neu zu stärken.

10 Am Dienstagabend luden die Arbeitsgemeinschaft und die Katholische Akademie in Berlin zu einem öffentlichen Politischen Abend zum Thema „Die identitäre Versuchung des Christentums“ ein, der von *Michelle Becka* (Würzburg) moderiert wurde. Beleuchtet wurde einerseits die Gefahr, sich als christliche Kirchen selbst der mobilisierenden, exkludierenden
15 Mechanismen identitärer Politiken zu bedienen, und andererseits die Vereinnahmungen eines kulturalisierten Christentums durch (neu-)rechte Gruppierungen. *Gunda Werner* (Graz) erörterte anhand biblischer und historischer Zeugnisse ihre These, dass christliche Identität in der Nachfolge Jesu allenfalls als Fragment gedacht werden könne und insofern immer
20 hochambivalent bleibe. Der Politikwissenschaftler *Heinrich Oberreuter* (Passau) problematisierte daran anschließend die ausschließenden Tendenzen, die in der vorschnellen Formulierung von Identität(en) liegen, gerade auch im religiösen Kontext. Er forderte deshalb die Konstruktion eines tragfähigen Identitätsbegriffs, der die Menschenwürde, Humanität und
25 die Möglichkeit zum pluralen Meinungsaustausch garantiere. Identitätspolitik machten alle Parteien, so Publizist *Volker Beck* (Bochum), jedoch sei zu identifizieren, an welcher Stelle die positiven Wirkungen beispielsweise im Kampf für gleiche Rechte in ausschließende Tendenzen umschlugen. Darüber hinaus problematisierte er die Instrumentalisierung
30 christlicher Traditionen, wie sie seiner Meinung nach geschehen sei, als zur Adventszeit bei Kundgebungen von PEGIDA Weihnachtslieder gesungen wurden. Die Entgegnungen von kirchlichen Verantwortungsträgern verleiteten jene Akteure jedoch nach innen und außen allenfalls zur Bestätigung ihrer Befürchtungen des Identitätsverlusts. Als ein Resümee des
35 Abends blieb trotz dieser Herausforderungen ein Plädoyer für das Streiten um Pluralität in Gesellschaft und (kirchlichen) Gemeinschaften und die Bereitschaft, die eigene(n) fragmentarische(n) Identität(en) immer neu zu hinterfragen.

40 In einer abschließenden sechsten Arbeitseinheit am Mittwochvormittag wurden mögliche Erträge für das Treiben einer anti-identitären Christlichen Sozialethik erörtert. *Michelle Becka* (Würzburg) beleuchtete ausgehend von

einer Kritik kollektiver Identitätskonzeptionen Handlungsoptionen für die Christliche Sozialethik. Als Gesprächspartnerin diente ihr dabei Judith Shklar, die Furcht und Vorurteile als Katalysatoren für die Grausamkeit der Menschen identifiziere. Diese Furcht sei politisch zu verstehen und in eine Furcht um die Mitbürger*innen umzuwandeln. Ertragreich sei dies für eine anti-identitäre Sozialethik insofern, als Identität, dann freiheitlich und gemeinschaftlich, „aber ohne Herdenzugehörigkeit“ verstanden werde und nicht in einer Totalidentifikation aufgehe, sondern in nicht-univoken, dynamischen Pendelbewegungen ausgehandelt werde. Aus theologischer Perspektive könne dieser Relationalität die Dimension einer transzendenten „Leerstelle“ im Zentrum hinzugefügt werden, um die sich die Prozesse der Identitätsfindung gruppierten. Auch *Walter Lesch* (Louvain) griff die Impulse auf, die von einer Kritik der Identitätspolitik für das eigene Fachverständnis ausgingen. So adaptierte er in seinen Überlegungen den Rawls’schen Schleier des Nichtwissens als anti-identitäre Methode und schlug vor, mit dem Erzählen von Geschichten auch einen Beitrag zur Dekonstruktion abgeschlossener Identitäten zu leisten. Dazu sei ebenso notwendig, eigene liebgewonnene Plausibilitäten aufzugeben und Diskurse innerhalb des Fachs sowie in die Kirche und in die Gesellschaft hinein zu beleben. *Matthias Möhring-Hesse* (Tübingen) verdeutlichte im letzten Vortrag sein Verständnis von Sozialethik, die sich nicht im Wissenschaftsdiskurs ad intra, sondern nur in gesellschaftlichen Kontexten bewahrheiten könne und insofern Verantwortung für die politische Deliberation aufweise. Auf diesem Feld müsse sie demzufolge identitäre Plausibilitäten auf Grund ihrer destrukturierenden Wirkung auf deliberative Prozesse dekonstruieren und gleichzeitig alternative Deutungsschemata anbieten. Nicht zuletzt im christlichen Kontext, so Möhring-Hesse, sei es erforderlich, keine Verpflichtung auf eine irgendwie verstandene kollektive Identität auszusprechen.

Vielen Vortragenden des Werkstattgesprächs war es ein Anliegen, einen Beitrag zu leisten im Ringen um die Differenzierung zwischen Identität(en) und Identitätspolitik(en). Einerseits wurden Identitätspolitik(en) scharf kritisiert und auch die Gefahren jeglicher kollektiven Identitäten diskutiert, andererseits wurde darum gerungen, wie einem Bedürfnis nach Zugehörigkeit und womöglich auch nach gemeinsamer Identität dennoch Rechnung getragen werden könnte. Diese Frage, darauf deutete die kontroverse Diskussion hin, stellt sich insbesondere für die Religion. Resümierend bleibt festzuhalten, dass große Vorsicht gegenüber allen Instrumentalisierungsversuchen von Identität und jener „Identitätssehnsucht“ geboten ist. Darüber hinaus ist das Bewusstsein zu schärfen, dass auch die Bemühungen konstruktiver Identitätspolitik(en) der

beständigen Kritik und Reflexion bedürfen, um nicht holistischen, anti-universalen, anti-liberalen und homogenisierenden Tendenzen anheim zu fallen. Eine kritische Christliche Sozialethik tut gut daran, immer neu nach Alternativen zu identitären Konzepten zu suchen. Und sie darf sich niemals ihrer eigenen vermeintlichen, auch christlichen, Identität zu sicher sein. Gerade in Hinblick auf kirchlich fixierte Glaubensschätze kommt ihr hierbei eine besondere Rolle und Expertise zu, deren kritisches Moment zu nutzen und zu schärfen ist.

Das 21. Werkstattgespräch vom 17. bis 19. Februar 2020 in der Katholischen Akademie Berlin wurde von der AG Christliche Sozialethik gemeinsam mit der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle veranstaltet und inhaltlich von *Michelle Becka* (Würzburg), *Johannes J. Frühbauer* (Augsburg), *Matthias Möhring-Hesse* (Tübingen), *Christian Spieß* (Linz) und *Katja Winkler* (Tübingen) vorbereitet. Das Werkstattgespräch 2021 wird sich vom 08. bis 10. Februar 2021 dem Themengebiet „Macht“ widmen.

Über die Autorin

Katharina Leniger, Mag. Theol., B. A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Christliche Sozialethik der Katholisch-Theologischen Fakultät der JMU Würzburg. E-Mail: katharina.leniger@uni-wuerzburg.de